

# **Niederschrift**

**über die 37. Sitzung der Pflegekonferenz am 8. Mai 2013  
im Rathaus.**

**Beginn der Sitzung: 10 Uhr**

**Tagesordnung:**

- 1. Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21. November 2012**
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. Kommunale Pflegeplanung**  
**Vorstellung Bauprojekt**
  - Umbau Gericusstift
- 5. Reform des Landespflegegesetzes und des Wohn- und Teilhabgesetzes Nordrhein Westfalen**
- 6. Initiativen zur Vermeidung von Fixierungen in Einrichtungen**
- 7. Aktivitäten des Demenz-Servicezentrums für die Region Düsseldorf**
- 8. Berichte aus den Arbeitsgruppen**
  - AG Pflege in der Gerontopsychiatrie
  - AG Patientenüberleitung
- 9. Verschiedenes**

## 1. **Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung**

Herr Beigeordneter Hintzsche begrüßt die Anwesenden und hebt dabei besonders sieben neue Mitglieder in der Pflegekonferenz hervor:

- Herr Marco Zaic sei als Nachfolger von Herrn Marco Schmitz neuer Vertreter des Büro Oberbürgermeister.
- Herr Nikolaus Angermann trete die Nachfolge von Herrn Harald Wehle als Referent für die Bereiche Soziales und Sport des Dezernates 06 (Jugend, Schule, Soziales und Sport) an.
- Herr Heinz-Werner Schuster übernehme den Bereich der kommunalen Pflegeplanung, der zuvor von Frau Radermacher begleitet worden sei.
- Das Deutsche Rote Kreuz sei bisher von Frau Marina Hähnel vertreten worden. Da Frau Hähnel in ein anderes Tätigkeitsfeld innerhalb des DRK wechsele, würden ihre Aufgaben zukünftig von Frau Sabine Kussel übernommen.
- Frau Dr. Ulrike Hein-Rusinek habe sich als Vertreterin der Ärztekammer Nordrhein verabschiedet. Ihre Aufgaben würden von nun an von Frau Dr. Martina Franzkowiak übernommen.
- Herr Karl-Josef Müller sei in den Ruhestand gegangen. Zukünftig vertrete Herr Holger Götze-Koch, Pflegedienstleiter im Krankenhaus Ellbroich, den „Arbeitskreis der Düsseldorfer Pflegedienstleitungen im Krankenhaus“.
- Die Privatheime in Düsseldorf würden ab sofort durch Frau Monique Swieter, Pflegedienstleitung im stationären Bereich in der Seniorenresidenz Grafenberger Wald, vertreten.

Als Referentinnen und Referenten werden folgende Personen begrüßt:

- zu TOP 4: Herr Remy Reuter, Einrichtungsleiter des Gericusstiftes, und Herr Markus Schmale, Architekt der Firma „Schmale Architekten“,
- zu TOP 5: Herr Andreas Burkert vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA),
- zu TOP 6: Frau Silke Lua vom Demenz-Servicezentrum für die Region Düsseldorf, Herr Jörg Kador vom Caritasverband Düsseldorf e. V. und Frau Dr. Nada Ralic von der Diakonie,
- zu TOP 7: Herr Peter Tonk vom Demenz-Servicezentrum für die Region Düsseldorf,
- zu TOP 8: Herr Dr. Schumacher zum aktuellen Sachstandsbericht zur Patientenüberleitung.

## 2. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21. November 2012**

Das Protokoll der Sitzung vom 21. November 2012 wird einstimmig anerkannt.

## 3. **Mitteilungen der Verwaltung**

### **Zahlen für das Umlageverfahren in der Altenpflege bezogen auf die Stadt Düsseldorf.**

Herr Buschhausen berichtet zum Thema.

Herr Helmut Watzlawik, vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA), habe in der letzten Sitzung der Pflegekonferenz einen Bericht zum Altenpflegeausgleichsverfahren beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) gegeben. Die Aufschlüsselung der Daten für das Jahr 2012 für die Stadt Düsseldorf habe er nun nachgereicht. Die Daten lägen als Tischvorlage aus und werden dem Protokoll der heutigen Sitzung beigelegt (Anlage 1).

### **Veranstaltungsreihe „Pflege aktuell“**

Im Rahmen der Kooperation des Amtes für soziale Sicherung und Integration und vier Pflegekassen finde die Veranstaltungsreihe „Pflege aktuell“ statt. Ziel der Kooperation sei es, eine umfassende und wohnortnahe Beratung sicherzustellen und die Beratungsangebote stärker zu vernetzen.

Im Zeitraum von September 2012 bis Januar 2013 hätten sich das Pflegebüro und die Pflegekassen im Rahmen dieser Veranstaltung mit dem Thema Vollmachten und Betreuungsverfügungen befasst. Die Betreuungsstelle der Stadt Düsseldorf habe über die rechtlichen Grundlagen informiert, Fragen zum Thema beantwortet und gezeigt, wie Vollmachten verbindlich verfasst werden könnten, damit Angehörige im Notfall handeln könnten.

Seit Februar stünden Informationen zu den Änderungen durch das Pflegeneu-ausrichtungsgesetz mit besseren Leistungen und mehr Wahlmöglichkeiten für demenzkranke Menschen im Mittelpunkt. Dazu gehörten zum Beispiel zusätzliche Betreuungsleistungen, die auch ohne Pflegestufe in Anspruch genommen werden könnten. Interessierte könnten sich an den Veranstaltungstagen rund um das Thema Pflege beraten lassen.

Veranstaltungsort sei jeweils ein „zentrum plus“ in Unterrath, Derendorf / Golzheim, Altstadt und Bilk mit dessen freundlicher Unterstützung die wohnortnahe Beratung erfolge. Die Teilnahme an den Informationsveranstaltungen sei kostenfrei und eine Anmeldung nicht erforderlich.

### **Veranstaltungsreihe „Älter werden in Düsseldorf“**

Frau Giersch berichtet, dass am 23. November im Rahmen der Reihe „Älter werden in Düsseldorf“, organisiert vom Seniorenreferat des Amtes für soziale Sicherung und Integration in Kooperation mit der Volkshochschule Düsseldorf, eine gemeinsame Veranstaltung mit der Liga Wohlfahrt zum Thema „Altersbilder unterschiedlicher Kulturen“ für Seniorinnen und Senioren stattgefunden habe. Diese Veranstaltung im Weiterbildungszentrum am Bertha-von-Suttner-Platz sei ein Beitrag zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ gewesen.

Frau Anna Waldhausen von der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische

Entwicklungen in Europa, Frankfurt/Main, habe einen Vortrag zum Thema „Altersbilder in Europa“ gehalten. Anschließend habe die Kölner Journalistin Frau Helga Kirchner eine Podiumsdiskussion mit Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen moderiert. Es sei rege darüber diskutiert worden, wie sich unterschiedliche Altersbilder auf die Angebote für ältere Menschen in Düsseldorf auswirken könnten und eine interkulturelle Öffnung möglich sei.

Des Weiteren habe am 15. März im Rahmen der Reihe „Älter werden in Düsseldorf“ eine Veranstaltung zum Thema „Wann müssen Kinder für ihre Eltern zahlen“ stattgefunden. Bernd Münster vom Amt für soziale Sicherung und Integration habe zu Fragen, ob zum Beispiel auch Schwiegerkinder Unterhalt zahlen müssen und welche Einkommensgrenzen es gebe, umfassende Antworten gegeben.

Im Anschluss hätten der Referent sowie Vertreterinnen und Vertreter des Pflegebüros für Fragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestanden. Die Veranstaltung sei von über 200 Personen besucht worden. Eine Wiederholung sei geplant.

### **Umsetzung der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege**

Frau Giersch berichtet zum Thema.

Im Rahmen der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege, die gemeinsam von Bund, Ländern und Verbänden getragen und umgesetzt worden sei, sei vereinbart worden, dass zukünftig die Weiterbildung für die Berufsgruppe Altenpflege für die gesamte Dauer der Weiterbildung förderfähig sein soll.

Dieses Ziel sei nun durch eine Änderung des Sozialgesetzbuches III (SGB III) mit dem Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege endlich umgesetzt worden. Durch die neu eingefügte Verweisung in § 16 Absatz 1 SGB II sei künftig für die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) eine Förderung über die gesamte Weiterbildungsdauer möglich. Das Gesetz sei zum 19. März 2013 in Kraft getreten und biete die Chance, Altenpflege „von Grund auf“ zu lernen und erfahrene Kräfte einsetzen zu können.

### **Geschäftsordnung der Pflegekonferenz**

Herr Beigeordneter Hintzsche berichtet zum Thema.

In der letzten Sitzung der Pflegekonferenz am 21. November 2012 habe das Gremium beschlossen, die COMPASS private Pflegeberatung GmbH als neues Mitglied in die Pflegekonferenz aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund sei § 4 der Geschäftsordnung, welcher die Zusammensetzung der Pflegekonferenz festlegt, angepasst worden. Die Geschäftsordnung stehe auf der Homepage der Stadt Düsseldorf auf der Internetseite der Pflegekonferenz unter folgendem Link zur Verfügung: [http://www.duesseldorf.de/stadtrecht/5/50/50\\_303.shtml](http://www.duesseldorf.de/stadtrecht/5/50/50_303.shtml)

## **4. Kommunale Pflegeplanung**

### **Umbau Gericusstift**

Herr Remy Reuter (Einrichtungsleiter des Gericusstiftes) und Herr Markus Schmale (Architekt der Firma „Schmale Architekten“) stellen die Planungen zum Umbau des Gericusstiftes vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Herr Reuter stellt das Gericusstift kurz vor. Die Einrichtung der katholischen Kirchengemeinde gebe es seit 1955. Seit 1990 befinde sie sich im vorgestellten Gebäude. Bei der Eröffnung seien 109 Plätze auf 61 Einzelzimmer und 64 Doppelzimmer verteilt gewesen. Im Laufe der Jahre habe es viele Änderungen gegeben.

Nach dem nun anstehenden Umbau solle es 103 Plätze geben, die sie auf 75 Einzelzimmer und 14 Doppelzimmer verteilen werden. Außerdem werde es ein zusätzliches Krisenzimmer geben.

Herr Schmale erläutert, dass das Haus optisch zu 99 Prozent nicht verändert werde, da die Baumaßnahmen sich nur auf den Innenbereich bezögen.

Der Umbau der Einrichtung solle während des laufenden Betriebs stattfinden und sich in sieben Bauabschnitte zu je fünf bis sechs Monaten gliedern. Die Gesamtdauer des Umbaus werde sich damit auf circa drei Jahre belaufen. Um die Bewohnerinnen und Bewohner nicht unnötig zu stören, würden die Umbauten vertikal und nicht geschossweise vorgenommen. Zudem sollen aus brandschutzrechtlichen Gründen die Flurflächen stets frei bleiben und Staubschutzwände errichtet werden.

Die Umbauarbeiten - inklusive der Außenanlage - sollen voraussichtlich im Juni 2016 abgeschlossen sein.

Im Anschluss an den Vortrag stehen die Referenten für Fragen zur Verfügung und geben folgende Informationen:

Das gesamte Haus sei bereits jetzt mit Aufzügen erschlossen. Diese stünden auch während des Umbaus zur Verfügung. Der neue Garten solle auch von demenzkranken Personen genutzt werden können, ohne dass sichtbare Barrieren bestehen. Ein Landschaftsarchitekturbüro werde die Anlegung begleiten. Als besondere Elemente sollen Gehölze aus der Bibel, Hochbeete, Windspiele und Licht integriert werden. Der Garten werde in einen nicht-öffentlichen Teil für die Bewohnerinnen und Bewohner und einen gesonderten Teil für Veranstaltungen aufgeteilt.

Das Krisenzimmer werde im Wohnbereich im ersten Obergeschoss angegliedert und sich in der Nähe des Dienstzimmers befinden.

5. **Vorstellung der Neuerungen des Gesetzes zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW)**

Herr Burkert vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) stellt die wichtigsten Neuerungen des Gesetzes zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW) vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Er berichtet einleitend zum Hintergrund der Notwendigkeit der Überarbeitung des Gesetzes. Der demografische Wandel führe dazu, dass die zunehmende

Zahl der Pflegebedürftigen bei einer Beibehaltung der bisherigen Gesetzeslage nicht mehr adäquat versorgt werden könne. Es sei deshalb unumgänglich, die Strukturen zu verändern sowie dem Wunsch nach Selbstbestimmung und Teilhabe nachzukommen.

Das GEPA gliedere sich in zwei Gesetze: Zum einen das Alten- und Pflegegesetz, zum anderen das Wohn- und Teilhabegesetz.

Die wesentlichen Neuerungen umfassen folgende Bereiche:

- Stärkung der Personengruppe der pflegenden Angehörigen
- Optimierung des Beratungsangebotes unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Angehörigen
- Stärkung der kommunalen Alten- und Pflegeplanung (zum Beispiel durch eine landesweite Datenbank)
- Förderung von Pflegeeinrichtungen (Pflegetwohngeld)
- übergreifende landesweite Maßnahmen in Bezug auf Fördermittel, Transparenz und Infrastruktur
- Ausdifferenzierung des Anwendungsbereichs, um eine größere Flexibilität zu schaffen
- Das Alten- und Pflegegesetz (APG) umfasse zukünftig die Fördervoraussetzungen, das Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) regule die Standards

Darüber hinaus würden unterschiedliche Einrichtungen mit Leistungsangebot definiert und Anforderungen an Personal, Konzeption und Qualitätssicherung beschrieben.

Herr Burkert erläutert ergänzend zu den Wohngemeinschaften, dass gemäß § 38a SGB XI schon jetzt eine Grundlage für die Förderfähigkeit von Präsenzkraften in Wohngemeinschaften gelegt worden sei.

Er weist außerdem darauf hin, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Landtags am gleichen Tag über eine Änderung der Gesonderten Berechnungsverordnung beraten werde. Vorgeschlagen werde bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine 4-Prozent-Finanzierung für Modernisierungen, Ersatzneubauten und Neubau von Tagespflegeeinrichtungen, die ab 2014 in Bau gehen, ab dem Baubeginn sicherzustellen. Dies vermeide Verzögerungen von Bauvorhaben, die sich bereits in der laufenden Planung befänden und deren Pläne auch bereits jetzt vorgelegt werden können.

Abschließend berichtet er, dass am 10. April ein Gespräch zu verschiedenen Einzelaspekten zur Förderung der ambulanten Pflegedienste im Ministerium stattgefunden habe. Besonders die datenschutzrechtliche Lage sowie das Förderverfahren und die Altenpflegeumlage seien thematisiert worden. Ziel sei auch hier, in weiteren Gesprächen verlässliche Grundlagen zu schaffen.

Herr Burkert bietet an, für vertiefende Vorträge gerne zur Verfügung zu stehen.

Herr Buschhausen bedankt sich für den passgenauen auf die Belange der Stadt Düsseldorf zugeschnittenen Vortrag. Er hält fest, dass alle aufgetretenen Fragen durch den Vortrag umfassend beantwortet worden seien und Herr Burkert die Empfehlung ausgesprochen habe, das Gremium „Pflegekonferenz“ zu erhalten.

## 6. **Initiativen zur Vermeidung von Fixierungen in Einrichtungen**

Herr Kador und Frau Dr. Ralic erläutern, dass die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, der Paritätische, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie und die Jüdische Gemeinde Düsseldorf gemeinschaftlich eine Erklärung zur Reduzierung freiheitsentziehender Maßnahmen erarbeitet hätten. Sie stellen diese detailliert vor und berichten, dass das Konzept im Februar diesen Jahres in der Sitzung der LIGA der Düsseldorfer Wohlfahrtsverbände verabschiedet und im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorgestellt worden sei.

Die Referenten stellen zunächst dar, was unter dem Begriff „Freiheitsentziehende Maßnahmen“ verstanden wird und werben dafür, ein Problembewusstsein für die Thematik zu schaffen. In Düsseldorf seien zwischen 750 und 3300 Menschen vom Einsatz solcher Maßnahmen betroffen. Bundesweit seien es 15 bis 66 Prozent. Das Ziel müsse sein, eine Zahl zu erreichen, die unter 15 Prozent liege.

Neben den Gründen für den Einsatz freiheitsentziehender Maßnahmen gehen Frau Dr. Ralic und Herr Kador auch auf die Risiken des Einsatzes solcher Mittel ein und werben für Konzepte und alternative Maßnahmen, die eine Fixierung unnötig machen können.

Die Folienpräsentation ist dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Frau Lua vom Demenz-Servicezentrum knüpft an das Thema an und kündigt für den 11. September einen Fachtag zum Thema „Werdenfeller Weg in Düsseldorf – Mut zu Freiheit und Verantwortung“ an. Veranstalter seien die Betreuungsstelle, die Kommunale Pflegeplanung, die Heimaufsicht und das Demenz-Servicezentrum für die Region Düsseldorf.

Die Veranstaltung werde in der Zeit von 9 bis 14.30 Uhr im Weiterbildungszentrum der Volkshochschule stattfinden und sich ebenfalls mit den verschiedenen Bereichen freiheitsentziehender Maßnahmen beschäftigen. Grund für die Durchführung der Veranstaltung sei, dass insbesondere bei Demenzkranken häufig freiheitsentziehende Maßnahmen eingesetzt würden.

Frau Giersch berichtet, dass Herr Burkert, der die Sitzung zwischenzeitlich verlassen hat, signalisiert habe, dass eine Vertreterin oder ein Vertreter des MGEPA gern an der Veranstaltung teilnehmen möchte.

Die Folienpräsentation ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

## 7. **Aktivitäten des Demenz-Servicezentrums für die Region Düsseldorf**

Herr Tonk stellt die Aktivitäten und den Wirkungsbereich des Demenz-Servicezentrums näher vor. Er geht hierbei auf die verschiedenen Aufgabenbereiche, den Demenz-Wegweiser, Veranstaltungen, Arbeitskreise, Schulungen und die Aktionswochen Demenz ein.

Die Folienpräsentation ist dem Protokoll als Anlage 6 beigelegt.

Herr Buschhausen informiert darüber, dass das Dezernat 04 und das Dezernat 06 sich darauf verständigt hätten, dem Gesundheitsamt eine verstärkte Beteiligung für den Bereich „Weiterentwicklung der medizinischen und therapeutischen Versorgung“ (Bereich 3 des Vortrags) zuzuweisen. Er bittet Frau Hoop als Vertreterin des Gesundheitsamtes in der Pflegekonferenz, dem Demenz-

Servicezentrum bis Ende Mai eine entsprechende Rückmeldung zukommen zu lassen.  
Er lobt die Arbeit des Demenz-Servicezentrums ausdrücklich.

## 8. **Berichte aus den Arbeitsgruppen**

### **AG Pflege in der Gerontopsychiatrie**

Herr Dölling berichtet zum Thema:

Die AG habe sich in der Zeit seit der letzten Pflegekonferenz mit der palliativen Versorgung psychisch kranker und pflegebedürftiger Älterer befasst. Eine Vertreterin der AG habe beim „Runden Tisch Palliative Versorgung in Düsseldorf“ mitgewirkt. Dort werde aktuell ein Flyer zur palliativen Versorgung erstellt.

Darüber hinaus habe die AG sich mit Möglichkeiten zur Vermeidung freiheitseinschränkender Maßnahmen in der Versorgung psychisch kranker und pflegebedürftiger Älterer in der Häuslichkeit beschäftigt. Eine besondere Rolle hätten dabei unterstützende technische Mittel (Handys, Tablets, Ortungs- und Navigationssystem etc.), zum Beispiel bei noch sehr mobilen Menschen mit einer Demenz, gespielt. Wichtig sei, dass mögliche Gefahrensituationen frühzeitig erkannt und gewisse Routinen in den Lebensalltag der Betroffenen integriert würden. Dies erfordere eine enge Abstimmung der Akteurinnen und Akteure in der Diagnose, der Beratung, bei der Ergotherapie und in Rehabilitationseinrichtungen.

Im Rahmen der weiteren Sitzungen plane die Arbeitsgruppe, sich mit den Auswirkungen des GEPA zu befassen. Hierbei werde insbesondere die Qualität und Gestaltung von Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz im Vordergrund stehen.

Aktiv begleitet werde die Arbeit des Demenznetzes Düsseldorf zum Beispiel im Bereich der wissenschaftlichen Evaluation oder durch Teilnahme an der Jahrestagung der Landesinitiative Demenz-Service in Münster.

### **AG Patientenüberleitung**

Herr Dr. Schumacher berichtet zum Thema:

Er erinnert an die CD mit allen Unterlagen zur Patientenüberleitung und berichtet, dass die Patientenüberleitung in Düsseldorf auf hohem Niveau funktioniere. Da in Nordrhein-Westfalen unterschiedlich intensiv mit dem Thema umgegangen werde, habe das MGEPA einen Ausschuss gebildet, welcher dafür Sorge trage, dass das Thema „Patientenüberleitung“ landesweite Bekanntheit erreiche. Erfreulich sei, dass auf dieser Ebene die Düsseldorfer Bögen großen Anklang gefunden hätten und übernommen worden seien.

Das Ziel für die Zukunft solle eine papierlose Überleitung sein. Hierfür gebe es ein landesweites Konzept. Am 15. und 20. März hätten in Düsseldorf und Bonn Veranstaltungen zum Thema stattgefunden. Beide Veranstaltungen seien gut besucht gewesen.

Es sei bereits klar, dass auch eine elektronische Übermittlung der Daten sicher - im datenschutzrechtlichen Sinn - gestaltet werden könne. Hierfür sei eine



sechsstellige Pin ausschlaggebend. Die Stadt Düren sei derzeit Modellregion für dieses Konzept, dessen Ergebnis mit Spannung erwartet werde.  
Herr Dr. Schumacher appelliert an alle Beteiligten, die Patientenüberleitung weiterhin in der bewährten Form zu nutzen.

9. **Verschiedenes / Termine**

Die nächste Sitzung der Pflegekonferenz findet am 27. November 2013 statt.

**Ende der Sitzung: 12.24 Uhr**

Hintzsche

Buschhausen

Strathen-Neuhäuser

Dezernat für Jugend, Schule,  
Soziales und Sport

Leiter des Amtes für soziale  
Sicherung und Integration

Schriftführerin